



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 15.01.2014

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 28.11.2013, 15:30 Uhr bis 18:20 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Michael Plückthun	auf Vorschlag der CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Regina Wilden	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP

Herr Richard Klein auf Vorschlag der Linken

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Peter Krücker	Caritasverband

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Edith Marschall Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski auf Vorschlag der SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Dr. Christiane Köhler CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann	RUBICOM Beratungszentrum für Lesben und Schwule
Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.
Herr Jochen Saurenbach	Bartmänner Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helene Uckermann auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano	Bunte
Frau Annelie Appelmann	doMS e.V.
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Susanne Schönewolf	Diakonisches Werk
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
---------------------------------	-----------------------------------

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0 Aktuelles aus der Arbeit der Verbraucherzentrale Köln und Perspektiven der Beratungsstelle, Vortrag von Frau Bobbert

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Inanspruchnahme der Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung, der TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen
3881/2013

3.2 Seniorengerechte Entwicklung im Veedel
hier: Schriftliche Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates von der CDU-Fraktion vom 09.09.2013
3921/2013

3.3 Regionale Einrichtung für Tuberkulosekranke,
hier: Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Unna in der Sitzung des Ausschusses
Soziales und Senioren am 14.11.2013, TOP 3.4
3966/2013

3.4 Befragung von Köln-Pass-Inhabern durch den Verkehrsverbund Rhein-Sieg
(VRS)
3991/2013

4 Mitteilungen

4.1 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2012, wird gemeinsam mit
dem TOP 0 behandelt
1794/2013

4.2 Hauswirtschaftliche Hilfen für alte, kranke und behinderte Menschen zur Ver-
meidung einer frühzeitigen stationären Hilfe
3936/2013

4.3 Ordnungsbehördliche Unterbringung im Rahmen der Winterhilfe
3975/2013

5 Wohnen

5.1 Wohnen in Köln,
die Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2012, Ausblick 2013
3346/2013

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020, die Unterlagen wurden bereits zur
letzten Sitzung versendet
MÜLHEIM 2020 - Gesamtprogrammbericht
3687/2013

7 JobCenter Köln

7.1 Anfragen

7.2 Bericht des Jobcenters Köln
3797/2013

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht des Behindertenbeauftragten - 11/2013
3741/2013

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 9.1 Angebote in Flüchtlingsheimen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket fördern, unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet
AN/1233/2013

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

- 10.1.1 Seniorengerechte Entwicklung im Veedel, Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet
AN/1048/2013

- 10.1.2 Datenschutz bei Bewerbungen von Transferleistungsempfängern, Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung zugestellt
AN/1323/2013

- 10.1.3 Kinderbetreuung und -freizeitmöglichkeiten für Flüchtlinge, Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung zugestellt
AN/1325/2013

- 10.1.4 Inanspruchnahme der Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung zugestellt
AN/1333/2013

- 10.2 Aktuelle Anfragen

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 13.1 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln, die Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet
2594/2013

- 13.2 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen, die Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet
2829/2013

- 13.3 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise; die Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet
hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln"
NEUFASSUNG VOM 18.09.2013
4325/2012
- 13.4 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln - Weiden zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien.
Baubeschluss
2846/2013
- 13.5 überplanmäßiger zahlungswirksamer Aufwand in Teilergebnisplan 0502 im Haushaltsjahr 2014 - hier: kommunale Eingliederungsleistungen
3264/2013
- 13.6 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln - Godorf zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien.
3389/2013
- 13.7 "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" - unbefristete Fortführung des sozialräumlichen Handlungsprogramms in veränderter Form
2377/2013
- 13.8 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 15 aktuelle Situation von Flüchtlingen**
- 15.1 Anmietung eines Objektes im Stadtbezirk Niehl
Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen
3792/2013
- 16 Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

0 Aktuelles aus der Arbeit der Verbraucherzentrale Köln und Perspektiven der Beratungsstelle, Vortrag von Frau Bobbert

Frau Bobbert referiert über die Arbeit der Verbraucherzentrale. Das Referat (und die Fallbeispiele) werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Eggeling fragt, ob es Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Beratungsstellen/Trägern gebe.

Frau Bobbert schlägt vor die Anfrage bilateral zu besprechen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für den Vortrag.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Inanspruchnahme der Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung, der TOP wurde von der Verwaltung zurückgezogen 3881/2013

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits vor der Sitzung von der Verwaltung zurückgezogen.

3.2 Seniorengerechte Entwicklung im Veedel hier: Schriftliche Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates von der CDU-Fraktion vom 09.09.2013 3921/2013

Frau Gärtner dankt für die Beantwortung.

Herr Helling fragt, warum die Seniorenvertretung nicht als ein Baustein der Kölner Beratungsstruktur mit aufgenommen sei.

Frau Blümel bemerkt, dass ein Hinweis auf die Seniorennetzwerke und die lebenswerten Veedel in der Vorlage, fehlen würde.

Frau Hoyer fragt, wie der Satz „Eine Grundlage für eine Steuerungsfunktion gegenüber verschiedenen Akteuren besteht nicht“ zu verstehen sei.

Herr Santelmann antwortet, dass die Verwaltung keine Steuerungsfunktion über Pflegedienste, Krankenkassen und anderen Institutionen ausüben könne.

Frau Reker antwortet auf die Frage von Herrn Helling, dass die Bausteine, welche die Verwaltung anbiete, gemeint seien. Die Seniorenvertretung sei wichtig und werde sich auch eigenständig weiterentwickeln.

Frau Gärtner stellt fest, dass die Beratungsfunktion der Seniorenvertretung wichtig sei und im Rahmen von Kooperationen weiter ausgebaut werden solle.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

**3.3 Regionale Einrichtung für Tuberkulosekranke,
hier: Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Unna in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 14.11.2013, TOP 3.4
3966/2013**

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.4 Befragung von Köln-Pass-Inhabern durch den Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS)
3991/2013**

Frau Stahlhofen dankt für die Beantwortung. Sie kritisiert, dass Adressen von Köln-Pass Inhabern zu Marktforschungszwecken weitergegeben wurden und der Landesdatenschutzbeauftragte dieses Vorgehen in Ordnung fand. Sie bemerkt, dass entgegen der Vorlage auch SGB II Empfänger angeschrieben worden seien. Sie fragt, ob der Vermögenswert der bei dem Gewinnspiel erzielt werden könne auf Unterstützungsleistungen angerechnet werde.

Frau Reker antwortet, dass das vom VRS-Verband vorbereitete und kuvertierte Anschreiben einschl. eines Flyers des VRS von Mitarbeitern/innen der Verwaltung mit Adressaufklebern von Köln-Pass-Inhabern vervollständigt worden seien. Adressdaten sind dem VRS nicht zur Verfügung gestellt worden, alle Arbeiten sind im Gebäude des Amtes für Soziales und Senioren durchgeführt worden. Genau dieses Verfahren sei vom Landesdatenschutzbeauftragten genehmigt worden.

Herr Santelmann ergänzt, dass rd. 80.000 Anschreiben an Köln-Pass Haushalte versendet worden seien. Er bestätigt, dass die Adressen nicht dem Verkehrsverbund zur Verfügung gestellt wurden.

Frau Gärtner findet die gesamte Aktion, auch das Preisausschreiben, sehr gut. Sie weist auf den letzten Satz der Vorlage hin, dass „dem VRS ... keinerlei personenbezogene Daten von Köln-Pass-Inhabern übermittelt (wurden)“.

Frau Kleinpass-Börschel teilt mit, dass sie mit vielen Köln-Pass-Inhabern gesprochen habe. Diese Köln-Pass-Inhaber hatten keine Befürchtungen, dass der Datenschutz bei dieser Aktion nicht eingehalten würde.

Frau Stahlhofen kritisiert den Inhalt des Fragebogens.

Herr Dr. Schulz erinnert daran, dass der Ausschuss Soziales und Senioren nicht das zuständige Gremium sei, in dem der Inhalt des Fragebogens diskutiert werden solle, da man keinen Einfluss darauf habe. An der geschilderten Verfahrensweise habe er nichts auszusetzen.

Herr Kulozik antwortet, dass Gewinner des Gewinnspiels nicht ausfindig gemacht würden. Daher könne es auch nicht auf unterstützende Leistungen angerechnet werden.

4 Mitteilungen

4.1 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2012, wird gemeinsam mit dem TOP 0 behandelt 1794/2013

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 0 behandelt und vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.2 Hauswirtschaftliche Hilfen für alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe 3936/2013

Herr Helling macht darauf aufmerksam, dass die Planzahl bei dem Projekt nicht erreicht wurde. Er hoffe, dass die Verwaltung daran arbeite, dass das Projekt trotzdem ohne Unterbrechung fortgesetzt werde.

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

4.3 Ordnungsbehördliche Unterbringung im Rahmen der Winterhilfe 3975/2013

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5 Wohnen

5.1 Wohnen in Köln, die Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2012, Ausblick 2013 3346/2013

Frau Wilden kritisiert den abgedruckten Artikel des Kölner Stadtanzeigers auf Seite 83 in der Broschüre „Wohnen in Köln“.

Der Vorsitzende Herr Paetzold macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung keine Kontrolle über die Artikel des Kölner Stadtanzeigers ausübe.

Frau Gärtner fragt;

- wie viele finanzielle Mittel der Stadt Köln zur Verfügung gestanden haben und wie viele Mittel aus dem Kölner Sonderprogramm abgeflossen seien;
- weiter fragt sie nach den Auswirkungen durch die Abschaffung des Förderwegs B.

Herr Ferber informiert, dass die Broschüre umfangreicher als in den vergangenen Jahren sei. Das Wohnungsamt bestehe nunmehr aus zwei wichtigen Bereichen. Der erste Bereich ist das Wohnungsamt mit den klassischen Themen Wohnraumförderung, Wohngeld, Wohnungsvermittlung usw.

Hinzugekommen sei nun der Bereich des ehemaligen Wohnversorgungsbetriebes u.a. mit den Themen Wohnraumversorgung von Wohnungsnotfällen und der Flüchtlingsunterbringung.

Die Verbesserungen der Landeskonditionen wirken sich positiv auf die Wohnungsbauförderung aus. Das Förderergebnis werde sich in Bezug zum Vorjahr im Hinblick auf die geförderten Mietwohnungen zumindest verdoppeln. Das Ziel von 1.000 Wohneinheiten werde jedoch mit Sicherheit nicht erreicht. Der geförderte Wohnungsbau müsse daher weiter gestützt werden u.a. mit Hilfe des sog. „Kooperativen Baulandmodells“.

Die Fragen von Frau Gärtner werden schriftlich beantwortet.

Herr Helling erinnert an die katastrophalen Zahlen des geförderten Wohnungsbaus 2012. Er hoffe, dass in den nächsten Jahren die Instrumente zum geförderten Wohnungsbau greifen und sich eine spürbare Verbesserung im geförderten Wohnungsbau einstelle. Er dankt für die gute Broschüre.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt ebenfalls für die informative Broschüre und für die positive Darstellung des sozialen Wohnungsbaus in der Broschüre, die zeige, dass sozialer Wohnungsbau durchaus sehr attraktive Wohnungen hervorbringen könne. Auch er setzt sich dafür ein, dass das kooperative Baulandmodell umgesetzt werde.

Herr Ladenberger dankt ebenfalls für den Bericht. Er macht darauf aufmerksam, dass nur ein Bruchteil der 4.300 barrierefreien Wohnungen auch tatsächlich barrierefrei zugänglich sei. Dies sei für die betroffenen Menschen ein großes Problem. Er fragt, wie viel Anfragen für barrierefreie Wohnungen gestellt würden und wie viel barrierefreie Wohnungen tatsächlich vermittelt würden.

Herr Ferber sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Hoyer dankt für die gute Broschüre. Sie fragt, wie die Prognose zum geförderten Wohnungsbau 2013 aussehe und wie es um den Abruf der kommunalen Mittel stehe.

Herr Ferber antwortet, dass derzeit davon auszugehen sei, dass mindestens doppelt so viele Wohnungen gefördert werden wie 2012. Das kommunale Wohnungsförderungsprogramm werde nicht in Anspruch genommen, da vorrangig die Landesmittel in Anspruch genommen würden. Trotzdem sei das Programm wichtig, da den Investoren Sicherheit vermittelt werden müsse, dass kein Antrag in Köln daran scheitern werde, dass keine Fördermittel mehr vorhanden seien.

Herr Corneth dankt für die vorliegende Broschüre. Er erinnert nochmals daran, dass eine Verdopplung der Zahlen von 2012 nicht ausreichend sei. Die Verbesserung des Landesprogramms habe in Köln noch nicht voll gegriffen. Er fragt, warum in Düsseldorf die Maßnahmen viel besser gegriffen haben als in Köln. Die Verwaltung müsse deutlich machen, dass geförderter Wohnungsbau auch wirklich gewollt werde. Er glaube, dass bei schnelleren Genehmigungsverfahren auch mehr Wohnungen entstehen würden.

Frau Reker antwortet, dass die Verwaltung ständig vermitteln würde, dass sie geförderten Wohnungsbau wolle und unterstütze.

Frau Stahlhofen fragt, wie die Erfahrungen bei den Belegungsverfahren seien.

Herr Ferber antwortet, dass im Stadtentwicklungsausschuss eine ähnliche Frage gestellt wurde. Die Antwort werde auch dem Ausschuss Soziales und Senioren mitgeteilt.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020, die Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet MÜLHEIM 2020 - Gesamtprogrammbericht 3687/2013

Herr Helling empfindet die neue Berichterstattung sehr gut. Er merkt an, dass Mülheim eine hohe Anzahl negativer Faktoren habe (Arbeitslosigkeit, Alleinerziehende Frauen usw.). Die oberste Zielsetzung für das Projekt Mülheim 2020 war, dass der außergewöhnlich negative Status auf einen normalen Kölner Durchschnitt gebracht werden solle. Er fragt, ob dieses Ziel irgendwann in der Berichterstattung berücksichtigt werde oder ob die Zielsetzungen evtl. reduziert werden. Weiter fragt er, was passiere, wenn Programme ausgelaufen seien, ob es dann eine Fortschreibung der Programme gebe.

Herr Oster antwortet, dass beim Controlling Indikatoren festgelegt worden seien, welche eine unmittelbare Steuerung ermöglichen. Diese Indikatoren werden überprüft und ggf. neu ausgesteuert. Die Legitimation des Programms passiert durch die Evaluation. Es werde evaluiert, welche Wirkung die einzelnen Projekte erzielen mit Blick auf die definierten Ziele. Es werde geprüft, wie nahe man an die gesteckten Ziele herangekommen sei, die Ziele werden aber nicht reduziert. Die Ergebnisse werden selbstverständlich allen Beteiligten vorgelegt. Im Lenkungskreis wurde zum Thema Nachhaltigkeit vereinbart, dass geprüft werde, was bisher mit den Projekten erreicht wurde. Die Zielsetzung soziale und wirtschaftliche Verbesserung in Mülheim bleibe bestehen. Unter dieser Zielsetzung werden alle zukünftigen Projekte analysiert. Auf die Bereiche Bildung und lokale Ökonomie werde man sich konzentrieren.

Herr Helling fragt, wann der Evaluationsbericht den Ausschüssen vorgelegt werde.

Herr Oster antwortet, dass regelmäßig Teilberichte den Ausschüssen vorgelegt werden würden. Der Abschlussbericht könne erst am Ende des Programms den Ausschüssen vorgelegt werden.

Bei dem Vergabeverfahren „Neue Arbeit für Mülheim“ musste das einzige vorliegende Angebot vom Verfahren ausgeschlossen werden. Die Gründe werden im Nichtöffentlichen Teil der Sitzung genannt.

7 JobCenter Köln

7.1 Anfragen

Frau Stahlhofen bittet um ein bilaterales Gespräch mit Herrn Kulozik zu SGB III Empfängern.

7.2 Bericht des Jobcenters Köln 3797/2013

Herr Dr. Schulz kritisiert, dass die Universität Mannheim mit einer Studie beauftragt wurde, welche Projekte mit Jugendlichen Arbeitslosen in Mannheim und Köln untersuche.

Herr Kulozik antwortet, dass von der UNI Mannheim eine Vergleichsstudie zwischen den Projekten in Paris und den Projekten in Köln durchgeführt werde.

Herr Dr. Schulz kritisiert die gesamten vorgeschlagenen Maßnahmen. Er empfinde, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen an der Realität der Langzeitarbeitslosen vorbeigehen oder diese nicht erreichen. Dies sei aber nicht die Schuld des Jobcenters Köln, das mit immer weniger finanziellen Mitteln auskommen müsse. Das SGB II war einmal als Sozialhilfegesetz gedacht in der Realität gehe es um Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Als Beispiel bringt er, dass die AGH's der Beginn einer Förderkette sein sollen. Diese Förderkette existiere aber nur auf dem Papier/Folien und werde für die betroffenen Menschen sehr selten umgesetzt. Es solle noch spezieller zielgruppenspezifisch, auch im Bereich der Gesundheit der Arbeitslosen, gearbeitet werden. Wie werde man in Köln dem Ziel des sozialpolitischen Auftrages gerecht? Mit den in der Vorlage genannten Instrumente sicherlich nicht.

Frau Hollmann wünscht sich eine Debatte und eine Kontrolle wie das Jobcenter bei sinkenden finanziellen Mitteln zusätzliche hochwertige Angebote für die Arbeitslosen anbieten könne. Sie fragt nach dem Projekt „Make or buy“.

Herr Kulozik bedauere, dass die gerade geäußerte Kritik nach Schlussfassung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms 2014 geäußert werde. Ursprünglich wurde dieses System gemeinsam von allen Beteiligten entwickelt. Die Eckpunkte des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms wurden in vielen unterschiedlichen Gremien immer wieder besprochen und abgestimmt. Man müsse unterscheiden zwischen der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung des Programms und den Auswirkungen der Mittelkürzungen. Man solle diese beiden Punkte nicht miteinander vermischen. Dem Vorwurf von Herrn Dr. Schulz, dass die Inhalte des Programms völlig an den Interessen der Langzeitarbeitslosen vorbeigehen könne er nicht gelten lassen. Der Schwerpunkt des AMIP's wurde im Vergleich zu den Vorjahren umgestaltet und sei weitestgehend auf arbeitsmarktfernere Menschen ausgerichtet worden. Auch die Aussage, dass die Förderketten nur auf Folien existieren könne er nicht nachvollziehen. Jede Integrationsfachkraft werde zusätzlich mit 10 Kunden/innen intensiv arbeiten und mit diesen eine langfristige Planung in Form von Förderketten vornehmen. Alle AGH-Träger wurden vom Jobcenter Köln zu einem Informationsgespräch eingeladen. Am 15.01.2014 erfolgt ein nächster Termin, in dem über die aktuelle Situation informiert werden soll.

Herr Dr. Schulz nimmt die Kritik von Herrn Kulozik an und relativiert wiederum seine zuvor geäußerte Kritik.

Herr Klein fragt,

- wie die Weiterbildung für die Mitarbeiter/innen des Jobcenters „Sicherheit am Arbeitsplatz aussehe“, warum diese Weiterbildung freiwillig und nicht verpflichtend sei und wie hoch die Teilnehmerquote sei,

- wo die Videokameras zur Kontrolle installiert werden,
- wie lange werden die aufgezeichneten Daten der Kameras gespeichert,
- ist der Personalrat mit in die Entscheidung der Videokameras mit einbezogen worden,
- wie seien die Sicherheitskräfte, welche das Jobcentereinsetze vor allem in Bezug auf die persönliche Eignung, qualifiziert.

Herr Kulozik sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Hoyer ist über die geäußerte Kritik sehr verwundert. Sie empfinde das Programm als positive Weiterentwicklung und als einen Leitfaden für den weiteren Prozess.

Frau Dierksmeier möchte über die weiteren Auswirkungen des Arbeitsmarktprogrammes informiert werden. Sie bittet um eine genaue Analyse der Verwaltungskosten.

Herr Helling erinnert an die Geschichte der Arbeitsmarktprogramme. In den letzten Jahren habe sich das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm positiv entwickelt. Z.B. wurde eine einzelfallbezogene Sichtweise der Langzeitarbeitslosen auf den Weg gebracht. Auch wurden Fortschritte durch die gute Verzahnung des Jobcenters, des Beirates und des Sozialausschusses erzielt. Es gab keine klare Trennung zwischen den dramatischen finanziellen Kürzungen (von 100 Mio. Euro auf 40 Mio. Euro) und ob mit dem vorhandenen Geld kreativ umgegangen werde. Das Konzept „Make or buy“ solle weiter fortgeführt werden. Die Entscheidung, wie die finanziellen Kürzungen gerecht auf die Zielgruppen verteilt werden, sei schwierig und es müsse sehr differenziert vorgegangen werden.

Herr Kersjes sagt, dass sich die Kritik in erster Linie an die Instrumentenreform aus dem Jahre 2012 und die daraus geänderten Rahmenbedingungen richten würden. Er befürchte, dass durch die finanziellen Kürzungen bestehende Strukturen nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Wenn die Strukturen einmal weggefallen seien, könne mit den dann vorhandenen finanziellen Mitteln nicht mehr optimal gearbeitet werden. Man könne mit den vorhandenen finanziellen Mitteln nicht mehr alle Bedarfe erfüllen. Das Jobcenter Köln könne nichts für die Rahmenbedingungen, die der Bund vorgebe. Er wünsche sich eine Diskussion über kommunale Beschäftigungspolitik mit dem Blick auf die „Kosten der Unterkunft“.

Frau Gärtner wünscht sich eine Klarstellung, was Arbeitsmarktpolitik und was Sozialpolitik sei, da diese beiden Punkte ständig vermischt werden.

Herr Kulozik dankt für diese Diskussion. Die Frage von Frau Hollmann zu „Make or buy“ werde er schriftlich beantworten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht des Behindertenbeauftragten - 11/2013 3741/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst die vorliegende Mitteilung zusammen.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Angebote in Flüchtlingsheimen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket fördern, Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet AN/1233/2013

Herr Santelmann führt aus, dass das Asylbewerberleistungsgesetz zwischen sog. Analogbeziehern und Grundleistungsbeziehern unterscheidet. Dabei erhalten Leistungsbezieher zunächst Grundleistungen nach § 3 AsylbLG. Nach einem Leistungsbezug von mehr als 48 Monaten werden die Leistungsbezieher wie Bedürftige analog nach dem SGB XII behandelt. Diese Analogleistungsbezieher erhalten vollumfänglich auch die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Die Grundleistungsbezieher erhalten diese Leistungen auf der Rechtsgrundlage des § 6 AsylbLG, so dass für die betroffenen Personenkreise eigentlich kein Unterschied besteht. Der einzige Unterschied besteht darin, dass für die Grundleistungsbezieher diese Leistungen nicht vom Bund, sondern aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden.

Herr Helling fordert auf, alle Chancen zu nutzen, um den Flüchtlingsfamilien ihre Rechte und ihre Möglichkeiten aufzuzeigen.

Frau Wilden sagt, dass eine schnelle Asylprüfung bei den Antragstellern durchgeführt werden solle.

Frau Stahlhofen stellt auf Nachfrage des Vorsitzenden Herrn Paetzold fest, dass der Antrag der Fraktion „Die Linke“ erledigt sei.

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Seniorengerechte Entwicklung im Veedel, Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet AN/1048/2013

Der Ausschuss Soziales und Senioren hat die Beantwortung unter TOP 3.2 zur Kenntnis genommen.

10.1.2 Datenschutz bei Bewerbungen von Transferleistungsempfängern, Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung gestellt AN/1323/2013

Die Beantwortung dieser Anfrage wird in die nächste Sitzung geschoben.

**10.1.3 Kinderbetreuung und -freizeitmöglichkeiten für Flüchtlinge, Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung zugestellt
AN/1325/2013**

Die Beantwortung dieser Anfrage wird in die nächste Sitzung geschoben.

**10.1.4 Inanspruchnahme der Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung zugestellt
AN/1333/2013**

Die Beantwortung dieser Anfrage wird in die nächste Sitzung geschoben.

10.2 Aktuelle Anfragen

Frau Gärtner fragt, ob die Sitzungen des Rates barrierefrei (Behindertendolmetscher) im Internet übertragen werde.

Herr Dr. Bell sagt eine Antwort zur nächsten Sitzung zu.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

**13.1 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln, die Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet
2594/2013**

Herr Ladenberger nimmt das Strategiepapier sehr erfreut zur Kenntnis und sagt seiner Unterstützung zu.

Frau Schmerbach unterstützt die Beschlussvorlage ebenfalls.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf..

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Verwaltung gemeinsam mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH & Co. KG (AWB) erstellte Toilettenkonzept zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG (AWB) mit der Errichtung und dem Betrieb der öffentlichen Toilettenanlagen unter Einbeziehung der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) im Rahmen einer Inhouse-Vergabe zu beauftragen und ermächtigt die Verwaltung, einen unbefristeten Vertrag auf Basis des Konzeptes abzuschließen.

3. Für die bereits 2014 aus dem abzuschließenden Vertrag umzusetzenden Maßnahmen werden zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen in Höhe von 96.500 € im Teilplan 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung – Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2014 freigegeben.
4. Der Rat beschließt, die bis 31.12.2014 befristete Maßnahme eines Toilettenangebots über private Unternehmen (z.B. Gaststätten) über das Jahr 2014 hinaus fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**13.2 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen, die Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet
2829/2013**

Frau Hoyer kündigt an, dass diese Beschlussvorlage von der FDP nicht unterstützt wird.

Frau Gärtner merkt an, dass Investoren für den sozialen Wohnungsbau nicht abgeschreckt werden sollen.

In der Tagesordnungsdebatte hatte der Ausschuss Soziales und Senioren bereits beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

**13.3 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise; die Unterlagen wurden bereits zur letzten Sitzung versendet
hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln"
NEUFASSUNG VOM 18.09.2013
4325/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold, sagt für die SPD Fraktion die Unterstützung dieser Beschlussvorlage zu. Er kritisiert, dass eine Wohnungsuntergrenze von 20 Wohneinheiten festgelegt sei, unter der sozialer Wohnungsbau nicht stattfinden muss.

Herr Helling unterstützt das kooperative Baulandmodell und er hoffe, dass dadurch Bewegung in den geförderten Wohnungsbau komme.

Frau Stahlhofen informiert, dass von der Fraktion „Die Linke“ ein Änderungsantrag eingebracht werde.

Frau Hoyer fragt, bis wann die Übergangsregelung gelte. Die FDP wird diese Vorlage ebenfalls ablehnen.

Herr Ferber antwortet, dass das Wohnungsamt nicht federführend für diese Vorlage sei. Die Übergangsbestimmungen seien so, dass da, wo ein Aufstellungsbeschluss vorliegen würde das „kooperative Baulandmodell“ keine Anwendung finden könne. Die Übergangsregelung gelte für die Grundstücke, die noch keinen Aufstellungsbeschluss aufweisen.

In der Tagesordnungsdebatte hatte der Ausschuss Soziales und Senioren bereits beschlossen, diesen Tagesordnungspunkt ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

**13.4 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln - Weiden zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien.
Baubeschluss
2846/2013**

Frau Gärtner sagt für die CDU Fraktion die Unterstützung für diese Vorlage und den TOP 13.6 zu. Sie fordert die Verwaltung auf, alles zu unternehmen die Kosten zu reduzieren.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft die Vorlage zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln (Weiden), Gemarkung: Lövenich, Blatt 18, Flur 18, Flurstück 168/0, mit 13 Wohnungen und 912 m² Wohnfläche zustimmend zur Kenntnis und beschließt den Neubau des Wohnhauses in konventioneller Bauweise mit investiven Herstellungskosten in Höhe von 2.367.227 € (incl. bereits verausgabter Planungskosten in Höhe von 47.552 €).

Der Rat beschließt die Freigabe der zur Verfügung stehenden Mittel im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-3-5121, Neubau Potsdamer Str. 1a im Hj. 2013 in Höhe von 1.302.448 € und im Hj. 2014 in Höhe von 821.000 € und beauftragt die Verwaltung, 196.227 € im Haushaltsplan 2015 zu veranschlagen.

Der Rat beschließt die Herrichtung des Grundstückes und die Beseitigung von Altlasten. Für die hierfür entstehenden Aufwendungen in Höhe von 19.498 € stehen im Haushaltsjahr 2013 veranschlagte Mittel im Teilergebnisplan 1004, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Der Rat beschließt, dass in dem Objekt keine Notaufnahme erfolgt und Betreuung und Begleitung von Bewohnern und Anwohnern durch entsprechendes Personal (Heimleiter, Sozialarbeiter, Hausmeister, Sicherheitsdienst etc.) gewährleistet wird.

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Bauvorhaben umzusetzen. Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabeverbehaltens.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die für die Inventarerstbeschaffung erforderlichen Mittel in Höhe von 24.413 € bei der Haushaltsplanung 2015 ff. zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **zugestimmt**, gegen die Fraktion pro Köln

13.5 überplanmäßiger zahlungswirksamer Aufwand in Teilergebnisplan 0502 im Haushaltsjahr 2014 - hier: kommunale Eingliederungsleistungen 3264/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft den Beschlussvorschlag zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2014 einen überplanmäßigen zahlungswirksamen Mehraufwand in Höhe von 700.000 € in Teilergebnisplan 0502, Kommunale Leistungen nach dem SGB II, in Zeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Deckung erfolgt durch entsprechenden Wenigeraufwand in Teilergebnisplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in Zeile 15, Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

13.6 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln - Godorf zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien. 3389/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft den Beschlussvorschlag zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

Der Rat nimmt die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Kuckucksweg 10, 50997 Köln (Godorf), Gemarkung: Rondorf Land, Flur 42, Flurstück 589, mit 12 Wohnungen und 931 m² Wohnfläche zustimmend zur Kenntnis und beschließt den Neubau des Wohnhauses in konventioneller Bauweise mit investiven Herstellungskosten in Höhe von 2.240.936 € (incl. bereits verausgabter Planungskosten in Höhe von 60.954 €).

Der Rat beschließt die Freigabe der zur Verfügung stehenden Mittel im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-2-5120, Neubau Kuckucksweg 10 im Hj. 2013 in Höhe von 1.289.046 € und im Hj. 2014 in Höhe von 821.000 € und beauftragt die Verwaltung, 69.936 € im Haushaltsplan 2015 zu veranschlagen.

Der Rat beschließt die Herrichtung des Grundstücks und die Beseitigung von Altlasten. Für die hierfür entstehenden Aufwendungen in Höhe von 18.058 € stehen im Haushaltsjahr 2013 veranschlagte Mittel im Teilergebnisplan 1004, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Der Rat beschließt, dass in dem Objekt keine Notaufnahme erfolgt und Betreuung und Begleitung von Bewohnern und Anwohnern durch entsprechendes Personal (Heimleiter, Sozialarbeiter, Hausmeister, Sicherheitsdienst etc.) gewährleistet wird.

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Bauvorhaben umzusetzen. Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabeverhaltes.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die für die Inventarerstbeschaffung erforderlichen Mittel in Höhe von 33.623 € bei der Haushaltsplanung 2015 ff. zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **zugestimmt**, gegen die Fraktion pro Köln

13.7 "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" - unbefristete Fortführung des sozialräumlichen Handlungsprogramms in veränderter Form 2377/2013

Frau Hollmann fragt nach einem Beispiel für die Arbeit der Sozialraumkoordinatoren wo nachweislich Einsparungen kommunaler Mittel erfolgen könnten.

Frau Dr. Klein antwortet, dass die Sozialraumkoordinatoren Netzwerke und Synergieeffekte zur besseren Immobiliennutzung (Räume), von öffentlichen und privaten Trägern, initiieren könnten. D.h. mehrere Anbieter könnten sich eine Immobilie teilen und das gesparte Geld/Miete gehe nicht in die Haushaltskonsolidierung sondern stehe dem Sozialraum wieder zur Verfügung.

Frau Gärtner fragt, ob es finanzielle Kürzungen bei dem Projekt gegeben hätte.

Frau Dr. Klein antwortet, dass es sich auch um eine Umsetzung des Haushaltskonsolidierungsbeschlusses des Rates handeln würde. Die finanziellen Mittel bei den Arbeitsstellen blieben erhalten. Kürzungen erfolgten in den Budgets, welche den Sozialräumen zur Verfügung stehen würden. Sie hält die Kürzung für vertretbar, da weiterhin Drittmittel eingefordert werden können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob noch 85.000,- Euro für Sachkosten im Haushalt veranschlagt seien.

Frau Dr. Klein antwortet, dass diese 85.000,- Euro erhalten blieben und auf 11 Sozialraumkoordinatoren aufgeteilt werden müssen.

Frau Dierksmeier macht darauf aufmerksam, dass sich diese 85,000,- Euro nicht in der Vorlage wiederfinden würden und dass die Drittmittel nicht für Personalkosten eingesetzt werden können. Sie bezweifelt, dass die elf Sozialraumkoordinatoren Stellen erhalten bleiben können.

Frau Dr. Klein antwortet, dass die elf Sozialraumkoordinatoren Stellen auf jeden Fall erhalten bleiben.

Frau Reker ergänzt, dass die freien Träger in gleicher Höhe wie bisher finanziert seien.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, die aktuellen Zahlen dem Stadtentwicklungsausschuss mitzuteilen.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass sie die Zahlen dem Stadtentwicklungsausschuss am 12.12.2013 mitteilen würde.

Frau Dierksmeier kritisiert, dass das Projekt bald schon wieder evaluiert werden müsse.

Herr Helling fragt, ob

- es Gespräche mit allen Beteiligten gegeben habe, bevor diese Vorlage erarbeitet wurde und wie die Verbände in das Projekt eingebunden werden.
- In der Vorlage werde nicht ersichtlich, dass die elfte Stelle nicht aus Eigenmitteln finanziert werde.

Er regt an, dass weitere finanzielle Mittel für das Budget der Sozialraumkoordinatoren zur Verfügung gestellt werden müsse.

Frau Dr. Klein erinnert, dass es sich um einen Einsparvorschlag zur Haushaltskonsolidierung handeln würde. Mit dieser Vorlage werde explizit ein Ratsbeschluss umgesetzt. Es gab noch keine Gespräche mit den Verbänden. Es sei aber Anfang Dezember 2013 ein Gespräch mit den Verbänden terminiert. Die Aufgaben sollen in Zukunft vom Dezernat I übernommen werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum die Daten bereits dem Jugendhilfeausschuss am 10.12.2013 zur Verfügung zu stellen. Er hofft, dass es vielleicht zukünftig eine politische Lenkungsgruppe gebe, da die zentrale Lenkungsgruppe nicht weitergeführt werde. Er fragt, ob das Projekt unbefristet oder befristet sei. In der Vorlage werde dies nicht deutlich.

Frau Dr. Klein antwortet, dass das Projekt mehrmals befristet bewilligt wurde. Deshalb sei die Aussage in der Vorlage etwas undeutlich. Aber das Projekt soll in einen unbefristeten Prozess übergehen.

Frau Hoyer fragt wo der Unterschied zwischen Sozialraumkoordinatoren und anderen Projekten bestehe.

Herr Dr. Schulz fragt, ob die Gelder der finanziellen Einsparungen bei den Koordinatoren bleiben würden.

Frau Dr. Klein antwortet, dass sich weitere Einsparungen im Laufe des Projektes ergeben würden.

Herr Helling erinnert daran, dass ursprünglich die Prävention gestärkt werden solle um die teuren Pflichtleistungen zu senken. Diese Hoffnung hat sich kurzfristig leider nicht erfüllt. Bevor er ein Votum in dieser Sache abgebe, bittet er um ein Votum der Verbände.

Frau Stahlhofen könne auch nicht abstimmen, bevor ein Votum der Verbände abgegeben sei.

Frau Dr. Klein findet ein positives Votum der Liga ebenfalls für wichtig. Sie wirbt für eine realistische Betrachtungsweise der elf Sozialraumkoordinatoren in Bezug auf signifikante Nachweise in Bezug auf wirtschaftliche Jugendhilfe oder bei den Kosten der Unterkunft. Die Arbeit der Sozialraumkoordinatoren zeige sich in der Vernetzungsarbeit, Kindeswohlgefährdung, Verwahrlosung, Missbrauch oder Inklusion.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt Frau Dr. Klein für die gute Darstellung der Arbeit der Sozialraumkoordinatoren. Er ruft zur Abstimmung darüber auf, dass die Beschlussvorlage ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, den Tagesordnungspunkt ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**13.8 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013**

Der Vorsitzende Herr Paetzold formuliert den Beschluss, dass „der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, den Tagesordnungspunkt ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben“. Er ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, den Tagesordnungspunkt ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 aktuelle Situation von Flüchtlingen

**15.1 Anmietung eines Objektes im Stadtbezirk Niehl
Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen
3792/2013**

Herr Helling fragt, wie das angemietete Objekt mit Kochgelegenheiten und die Sanitäranlagen ausgestattet seien.

Herr Ferber antwortet, dass das Objekt nicht den Charakter von abgeschlossenen Wohneinheiten habe. Mit dem Eigentümer sei vereinbart worden, dass Kochgelegenheiten und ausreichende Sanitäranlagen (außerhalb der Unterkunft) geschaffen würden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt die Nichtöffentlichkeit her.

16 Anfragen